

IGB-Frontlines-Umfrage

Sonderthema: Klimawandel

Juni 2015

Inhalt

Inhalt	2
Kommentar	
Grafik 1: Zeitrahmen für Maßnahmen (9-Länder-Mittel)	4
Grafik 2: Forderung nach Maßnahmen (9-Länder-Mittel)	4
Grafik 3: Zeitrahmen für Maßnahmen (nach Ländern).....	5
Grafik 4: Zeitrahmen für Maßnahmen (nach Entwicklungsstand).....	6
Tabellen.....	7
Tabelle 1: (nach Ländern)	7
Tabelle 2: (nach Demografie).....	8
Methodik.....	9

Kommentar

Die Weltweite Umfrage des IGB 2014 hat ergeben, dass 73% der Weltbevölkerung erwarten, dass ihre Regierungen mehr tun, um die Umweltverschmutzung zu begrenzen, die den Klimawandel verursacht.

Im Jahr 2015 hat der IGB dieses Thema näher beleuchtet und die Menschen in neun sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländern (auf die 50% des weltweiten BIP entfallen), gefragt, ob und wann sie glauben, dass die Staats- und Regierungschefs handeln müssen, um die Weltbevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren.

Das Ergebnis ist eine klare Forderung nach Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz.

90% der Befragten erwarten Maßnahmen, um zu verhindern, dass die Weltbevölkerung von den Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigt wird.

69% dieser Befragten glauben, dass unverzügliche Maßnahmen erforderlich sind.

Weitere 10% erwarten Maßnahmen in den nächsten 12 Monaten, d.h. 79% verlangen Taten in spätestens 12 Monaten.

Nur 4% gaben an, dass ihres Erachtens kein Handlungsbedarf besteht.

Die Befürwortung von Sofortmaßnahmen ist in Entwicklungsländern größer als in Industrieländern, wobei die lauteste Forderung nach Sofortmaßnahmen von großen Inselstaaten kommt.

Obwohl die Mehrheit der Befragten in Industrieländern (59%) unverzügliche Maßnahmen fordert, ist dieser Prozentsatz in den Entwicklungsländern noch wesentlich höher (80%).

80%, d.h. mehr als drei Viertel der Befragten in Entwicklungsländern, verlangen Sofortmaßnahmen, um die Weltbevölkerung vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

Die beiden Länder mit dem höchsten Prozentsatz der Befragten, die Sofortmaßnahmen fordern, sind die großen Inselstaaten Indonesien (90%) und die Philippinen (88%).

Während die Befürwortung unverzüglicher Maßnahmen in Frankreich (74%) und der Türkei (76%) groß ist, wird dies in Großbritannien (UK) (45%) und den USA (46%) und in geringerem Maße in Deutschland (59%) als weniger dringend betrachtet.

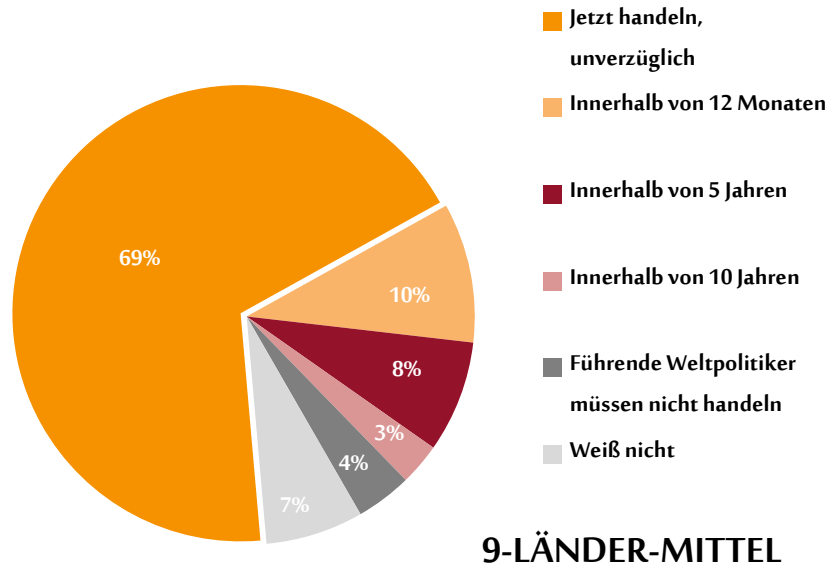
Selbst in Großbritannien und den USA fordert die Mehrheit jedoch, dass sofort oder zumindest in den nächsten 12 Monaten etwas getan wird (59% in Großbritannien und 55% in den USA).

Auch unwahrscheinliche Gruppen sind für unverzügliche Maßnahmen.

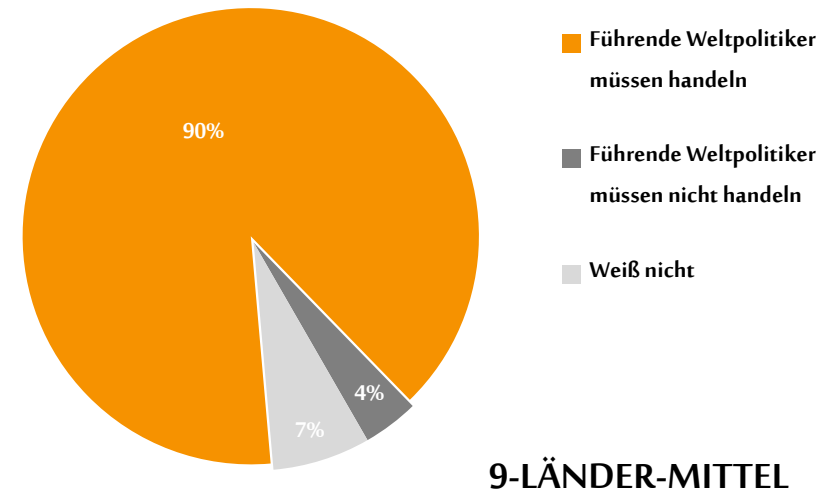
Obwohl die Befürwortung von Sofortmaßnahmen unter den Befragten über 55 im Vergleich zur übrigen Bevölkerung geringer ist, spricht sich immer noch eine deutliche Mehrheit (62%) dafür aus.

In dieser Altersgruppe, in der die unwahrscheinlichsten Befürworter von Maßnahmen zum Klimaschutz vermutet werden, glauben nur 10%, dass die Staats- und Regierungschefs nicht zu handeln brauchen, um die Weltbevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Grafik 1: Zeitrahmen für Maßnahmen (9-Länder-Mittel)



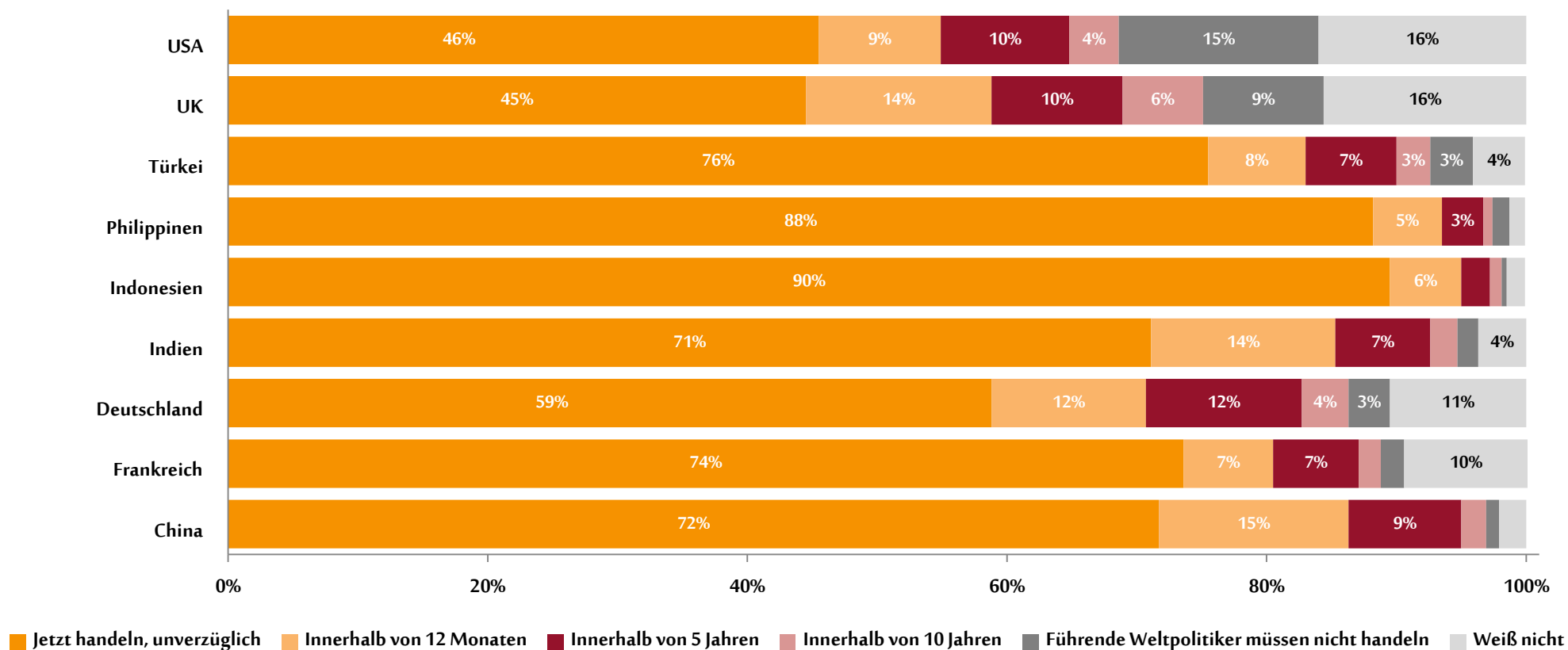
Grafik 2: Forderung nach Maßnahmen (9-Länder-Mittel)



Anm.: N=9285 für 9-Länder-Mittel. 'Führende Weltpolitiker müssen handeln' in Grafik 2 umfasst 'jetzt handeln, und zwar unverzüglich', 'innerhalb von 12 Monaten', 'innerhalb von 5 Jahren' und 'innerhalb von 10 Jahren'

Frage: Besteht Ihrer Ansicht nach Handlungsbedarf seitens der führenden Weltpolitiker, um zu verhindern, dass die Weltbevölkerung von den Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigt wird?

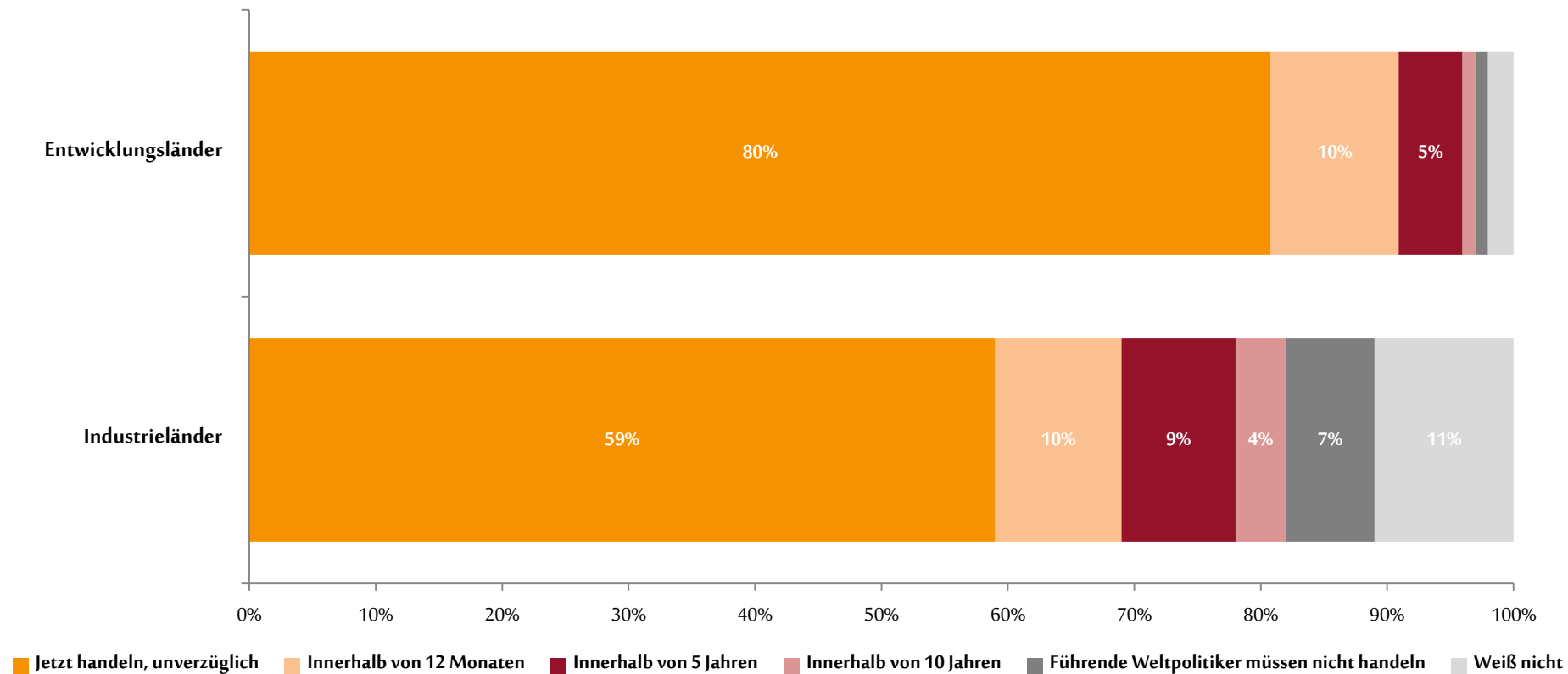
Grafik 3: Zeitrahmen für Maßnahmen (nach Ländern)



Anm.: Ergebnisse von 2% oder weniger sind zur besseren Lesbarkeit nicht ausgewiesen. Der Stichprobenumfang für jedes Land findet sich in der Methodik.

Frage: Besteht Ihrer Ansicht nach Handlungsbedarf seitens der führenden Weltpolitiker, um zu verhindern, dass die Weltbevölkerung von den Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigt wird?

Grafik 4: Zeitrahmen für Maßnahmen (nach Entwicklungsstand)



Anm.: Ergebnisse von 2% oder weniger sind zur besseren Lesbarkeit nicht ausgewiesen. In die Gruppe der Entwicklungsländer fallen China, Indien, Indonesien und die Philippinen. Alle anderen Länder werden als Industrieländer eingestuft.

Frage: Besteht Ihrer Ansicht nach Handlungsbedarf seitens der führenden Weltpolitiker, um zu verhindern, dass die Weltbevölkerung von den Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigt wird?

Tabellen

Tabelle 1: (nach Ländern)

Frage: Besteht Ihrer Ansicht nach Handlungsbedarf seitens der führenden Weltpolitiker, um zu verhindern, dass die Weltbevölkerung von den Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigt wird?

	GESAMT	China	Frankreich	Deutschland	Indien	Indonesien	Philippinen	Türkei	UK	USA
GESAMT: Fordern Maßnahmen	90%	98%	90%	87%	94%	99%	97%	94%	75%	69%
Ja, sie müssen jetzt handeln, und zwar unverzüglich	69%	72%	74%	59%	71%	90%	88%	76%	45%	46%
Ja, sie müssen innerhalb der nächsten 12 Monate handeln	10%	15%	7%	12%	14%	6%	5%	8%	14%	9%
Ja, sie müssen innerhalb der nächsten 5 Jahre handeln	8%	9%	7%	12%	7%	2%	3%	7%	10%	10%
Ja, sie müssen innerhalb der nächsten 10 Jahre handeln	3%	2%	2%	4%	2%	1%	1%	3%	6%	4%
Nein, sie müssen nicht handeln	4%	1%	2%	3%	2%	<1%	1%	3%	9%	15%
Weiß nicht	7%	2%	10%	11%	4%	1%	1%	4%	16%	16%

Tabelle 2: (nach Demografie)

	GESAMT	Unter 35	35 - 54	Über 55	Entwicklungs- länder	Industrie- länder	Männer	Frauen	Haushalte mit Kindern	Haushalte ohne Kinder
GESAMT: Fordern Maßnahmen	90%	92%	86%	80%	96%	82%	88%	88%	92%	85%
Ja, sie müssen jetzt handeln, und zwar unverzüglich	69%	70%	68%	62%	80%	59%	68%	69%	71%	66%
Ja, sie müssen innerhalb der nächsten 12 Monate handeln	10%	11%	10%	6%	10%	10%	10%	9%	12%	8%
Ja, sie müssen innerhalb der nächsten 5 Jahre handeln	8%	8%	6%	8%	5%	9%	7%	7%	7%	8%
Ja, sie müssen innerhalb der nächsten 10 Jahre handeln	3%	3%	2%	4%	1%	4%	3%	3%	2%	3%
Nein, sie müssen nicht handeln	4%	3%	5%	10%	1%	7%	5%	3%	3%	6%
Weiß nicht	7%	6%	8%	10%	2%	11%	6%	8%	5%	9%

Methodik

Diese Schlussfolgerungen basieren auf der 2015 durchgeführten Frontlines-Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Ergebnisse in dem Dokument beziehen sich auf eine von neun bei der Umfrage gestellten Fragen.

Von diesen neun Fragen wurden drei (einschließlich der, auf die sich dieses Dokument bezieht) in neun Ländern gestellt: China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Philippinen, Türkei, Großbritannien (UK) und USA.

Die übrigen sechs Fragen wurden nur den Befragten in Indonesien, der Türkei und den Philippinen gestellt.

Die Ergebnisse bezüglich der Fragen, die nicht in diesem Bericht enthalten sind, werden gesondert veröffentlicht.

In jedem der neun Länder wurden ca. N=1.000 Befragungen durchgeführt (N=Grundgesamtheit). Der genaue Stichprobenumfang sah wie folgt aus:

Land	Stichprobenumfang
China	1024
Frankreich	1038
Deutschland	1047
Indien	1017
Indonesien	1027
Philippinen	1001
Türkei	1011
UK	1047
USA	1046

In jedem Land wurden Quotenstichproben verwendet, um eine repräsentative Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Region widerzuspiegeln.

Zur Auswertung der Daten wurden SPSS-Software und Microsoft Excel verwendet.

Die Umfrage wurde gemäß AS/ISO 20252 Richtlinien durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung spiegeln die Meinungen der Menschen aus Ländern wider, auf die 50% des weltweiten BIP entfallen.

Essential Media Communications war für die Ausarbeitung der Fragen, die Auswertung der Daten und die Berichterstellung verantwortlich.

TNS Opinion hat die Feldarbeit zwischen dem 23. und dem 29. April 2015 durchgeführt.

Weitere Informationen erteilt Gemma Swart gemma.swart@ituc-csi.org

Nachtrag: Daten für die Niederlande

Der IGB hat im Mai 2015 unabhängig von der Umfrage, auf der dieser Bericht basiert, eine weitere kurze Umfrage durchgeführt.

In diese Umfrage wurden 1010 Einwohner der Niederlande im Alter von 16 bis 70 Jahren einbezogen.

80% dieser Befragten stimmten der Aussage zu, dass die Regierungen weltweit Maßnahmen ergreifen sollten, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Lediglich 4% stimmten dieser Aussage nicht zu, und 3% antworteten mit "weiß nicht".

Die 80%, die mit "stimme zu" geantwortet hatten, wurden anschließend gefragt, **wann** die Regierungen ihrer Meinung nach handeln sollten.

37% gaben an, dass unverzüglich etwas unternommen werden sollte, und weitere 12% hielten Maßnahmen innerhalb der nächsten 12 Monate für erforderlich.

Trotz einer unterschiedlichen Strukturierung und Formulierung befinden sich diese Ergebnisse im Einklang mit denen zu den Fragen im übrigen Teil dieses Berichtes.